

Beobachter

FÜRSORGERISCHE ZWANGSMASSNAHMEN

Betroffene planen Volksinitiative

Text: Otto Hostettler

Bild: Alessandro della Bella, Keystone

Ausgabe: 14/13

Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen verlieren die Geduld. Wird der runde Tisch von Bundesrätin Sommaruga zur Alibiübung, starten sie eine Volksinitiative.



«Ein finanzieller Zustupf für jene, die bis heute in seelischer und finanzieller Armut leben»: Guido Fluri will Genugtuung für Staatsopfer.

Guido Fluri meint es ernst. Mit seiner Stiftung engagiert sich der Zuger Unternehmer unter anderem für die Dokumentation der Geschichte Schweizer Kinderheime. Der 46-Jährige, als Kind selber fremdplatziert, fordert, die Behörden müssten die leidvolle Geschichte Tausender Betroffener von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen endlich ernsthaft aufarbeiten.

Beobachter: Der runde Tisch zur Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen hat eben erst seine Arbeit aufgenommen. Was läuft nicht gut?

Guido Fluri: Ich spüre bei den verantwortlichen Bundes- und Kantonsbehörden und auch bei den politischen Parteien kaum Bereitschaft, das Thema konsequent aufzuarbeiten.

Beobachter: Was heisst das?

Fluri: Ein Beispiel: Im National- und Ständerat steht ein Gesetz zur Rehabilitierung der administrativ Versorgten zur Diskussion. Hier geht es um jene Frauen und Männer, die in Gefängnisse gesteckt wurden, ohne dass sie eine Straftat verübt hatten. Es ist fraglich, ob bereits dieses Gesetz bei den Parteien eine Mehrheit findet. Damit sprechen wir aber noch nicht über die Rehabilitierung der Zwangssterilisierten oder der Zwangsadoptierten – und auch nicht über die in Heimen misshandelten Kinder.

Beobachter: Das wäre doch Aufgabe des runden Tisches?

Fluri: Richtig, aber ich befürchte, dass die Aufarbeitung versanden wird. Im Moment kann ich mir nicht vorstellen, dass sich für die zentrale Frage einer Entschädigung oder eines Härtefallfonds eine

politische Lösung finden lässt. Falls der runde Tisch nicht bis im Frühjahr 2014 zu greifbaren Resultaten kommt, wird die Guido-Fluri-Stiftung eine Volksinitiative lancieren.

Beobachter: Ist das Ihr Ernst?

Fluri: Ja, der Stiftungsrat hat dazu bereits eine Million Franken zurückgestellt. Ich bin überzeugt, dass wir die nötigen Unterschriften zusammenbringen und auch an der Urne eine Mehrheit erreichen können.

Beobachter: Was wird die Initiative fordern?

Fluri: Im Zentrum steht die konsequente historische Aufarbeitung durch den Bund und die Kantone. Gleichzeitig geht es darum, dass jene, die bis heute in seelischer und finanzieller Armut leben, einen finanziellen Zustupf erhalten. Ich glaube fest daran, dass sich das Schweizer Volk an der Urne mit den Zwangsadoptierten, Verding- und Heimkindern, administrativ Versorgten und Zwangssterilisierten solidarisch zeigen wird.

© Beobachter Ausgabe 14 vom 12. Jul 2013 - Alle Rechte vorbehalten

created by snowflake productions gmbh